

# ARCHIPEL

Zeitung des Europäischen BürgerInnenforums



Foto: Sasha Glyadyelov

AZB 4001 Basel  
Europäisches BürgerInnen Forum, 4001 Basel  
Die Post CH AG

## UKRAINE

# Ein Jahr nach Kriegsbeginn

«Wir nähern uns dem 24. Februar und haben grosse Lust auf Frieden. Das Wetter ist sehr schön, es liegt noch etwas Schnee und es riecht ein wenig nach Frühling.» Mit diesen Worten beginnt unser Korrespondent aus der Ukraine seinen Brief, der über die Stimmung nach einem Jahr Krieg erzählt und über verschiedene zivilgesellschaftliche Initiativen berichtet.

Ihor Mitrov, ein junger ukrainischer Dichter aus Kertsch am Asowschen Meer, der im Februar 2022 freiwillig zur Armee ging, gab kürzlich ein langes Interview, in dem er sich differenziert über seine Erfahrungen äusserte. Er bereut seine Entscheidung nicht. Gleichzeitig entgegnet er den Leuten, die behaupten, dass ihn der Krieg mit wertvollen Erlebnissen bereichert, vorausgesetzt, er überlebt: «Nein, keine Spur. Der Krieg ist keine Schule, der Krieg ist eine Strafe.»

Ein kleiner Hoffnungsschimmer: Mehrere Kameraden aus der Einheit unseres Freundes Maksym Butkevych<sup>1</sup>, Journalist und Menschenrechtsaktivist, wurden seit Neujahr freigelassen. Einer von ihnen hat berichtet, dass es Maksym vergleichsweise gut geht und er seine Moral bewahrt. Er soll sich in einem Gefängnis in der Oblast Luhansk befinden, in

einer Zelle mit anderen Offizieren der ukrainischen Armee.

Heute (Freitag, 10. Februar) ging erneut ein Raketenhagel auf die Ukraine nieder und wir sitzen seit einigen Stunden im Dunkeln. Die Kinder wurden nach mehr als zwei Stunden in den Schutzräumen aus der Schule in unserem Karpaten-Dorf Nischnje Selischtsche entlassen. Aber all das sieht nach Routine aus. Keine Routine natürlich für diejenigen, die das Pech haben, zur falschen Zeit am falschen Ort zu sein.

### Kindern eine Stimme geben

Unsere Künstlerfreundinnen Nastya und Genia besuchten vor zehn Tagen in Kramatorsk das Tato-Hub, ein unabhängiges soziales und kulturelles Zentrum, um mit Kindern zwischen fünf und siebzehn Jahren Postkarten mit

ihren Lieblingsplätzen in der Stadt zu gestalten und die dazugehörigen Geschichten zu erzählen.<sup>2</sup> Das ist eine Möglichkeit, ihnen eine Stimme zu geben und ihnen das Gefühl zu vermitteln, dass sich jemand in dieser Welt für sie interessiert. Diese Kinder sind seit fast einem Jahr in Wohnungen und Kellern eingesperrt. Keine Schule, kein Sport, kein soziales Leben.

Die Lage in Kramatorsk und Umgebung hat sich verschlechtert. Der Leiter des Tato-Hubs schrieb uns vor drei Tagen, dass er das Lokal aus Sicherheitsgründen schliessen musste, das ist traurig. Denn das Zentrum war der letzte Ort, der Präsenzaktivitäten anbot. Bei unserem Treffen im letzten Dezember hatte er erzählt, dass in Kramatorsk derzeit 70.000 Menschen leben, darunter zahlreiche Kinder. Viele von ihnen waren zu Beginn des Krieges weggegangen und im Herbst zurückgekehrt. Es ist unwahrscheinlich, dass sie wieder weggehen, selbst wenn die Front näher rückt.

### Gefährliche Evakuierungen

Zum gleichen Thema rief uns vor einigen Tagen unsere Bekannte Katja an; sie arbeitet bei der Organisation «Die Elche des Hl. Nikolaus», die seit 2014 in der Ostukraine tätig ist. Sie kam gerade von Bakhmut zurück. Sie war schockiert über die Anwesenheit von immer noch 200 Kindern in dieser Stadt, in der es kein Haus mehr gibt, das nicht von Granaten getroffen wurde. Da sie das Gästehaus im Dorf Nischnje Selischtsche, wo ich lebe, kennt, bat sie uns um Hilfe, so vielen Kindern wie möglich eine – zumindest vorübergehende – Perspektive nach ihrer Evakuierung

zu ermöglichen. Wir sind bereit. Jetzt müssen nur noch die Eltern überzeugt werden (das ist der schwierigste Teil) und der Transfer muss organisiert werden. Wir bleiben am Ball. Bakhmut wurde vor zwei Tagen für Zivilist-inn-en geschlossen, was die Evakuierung noch komplizierter machen wird.

### Gegen die Korruption

Unsere Freunde und Freundinnen von der Gruppe Base-UA haben es geschafft, zwei grosse Familien (14 Personen) aus Siversk, in der Nähe von Bakhmut, in zwei Häuser zu evakuieren, die sie im Süden der Ukraine, nicht weit von Moldawien, gekauft haben. Das scheint eine gute Wahl zu sein, da die Preise für Häuser dort mit 3000 € sehr niedrig sind, die Leute konnten sofort einziehen.<sup>3</sup> Einer der Kollegen von Base-UA, ein medizinischer Freiwilliger aus den USA, wurde leider im Januar bei einer Evakuierung aus Bakhmut durch Granatenbeschuss getötet.

Die Provinz Transkarpatien, in der ich lebe und die sich im westlichsten Teil der Ukraine befindet, ist in vielerlei Hinsicht nicht sehr repräsentativ für die Ukraine, weder in Kriegs- noch in Friedenszeiten. Als wir nach Neujahr nur noch 4-5 Stunden Strom pro Tag hatten, waren wir plötzlich stärker betroffen und es kam zu vereinzelt Protesten, vor allem dort, wo es offensichtlich zu einer Ungleichbehandlung bestimmter Stadtteile oder Unternehmen kam. Die Proteste und vielleicht auch eine etwas bessere allgemeine Versorgungslage haben dazu geführt, dass wir derzeit zu 50 Prozent oder mehr mit Strom versorgt werden. Leider ist aber die Antikorruptionsbewegung in unserer Region nicht stark genug. (...) Die Korruption in der Armee, deren Beweise Enthüllungsjournalist-inn-en kürzlich veröffentlicht haben, hat hier kaum jemand überrascht. (...) Es besteht kein Zweifel daran, dass die Korruption nicht von heute auf morgen verschwindet, aber

auch dieser Kampf wird an vielen Fronten geführt. Der Verteidigungsminister wird offenbar bald ausgetauscht, und noch wichtiger ist es, dass die vom Ministerium getätigten Einkäufe nun veröffentlicht werden. Drei Vizeminister im Verteidigungsministerium wurden heute Morgen durch vertrauenswürdige Personen ersetzt.

Jürgen Kräftner,  
am 10. Februar 2023

1. Siehe Archipel Nr 317, Sept. 2022: «Freiheit für Maksym Butkevych» und Nr. 319, Nov. 2022: «Schon siebeneinhalb Monate Krieg»

2. Hier findet ihr den Bericht über ihre Reise auf Deutsch als pdf: [www.dropbox.com/s/pgbc4gcpa6minz4/Postkartenaus-Kramatorsk.pdf?dl=0](http://www.dropbox.com/s/pgbc4gcpa6minz4/Postkartenaus-Kramatorsk.pdf?dl=0)

3. Was die Unterbringung von Geflüchteten betrifft, ist Transkarpatien die teuerste Region für die Miete von kleinen Wohnungen geworden. In Uschhorod kostet die Miete für eine Ein-Zimmer-Wohnung durchschnittlich über 400 € Die Vermieter-innen bereichern sich offenbar schamlos.

## UKRAINE/SOZIALES

# Neoliberaler Sozialabbau II

**Wir veröffentlichen hier den 2. Teil des Interviews mit Vladislav Starodubtsev, einem Historiker, der sich auf Mittel- und Osteuropa spezialisiert hat und Aktivist von «Sotsialnyi Rukh» ist, der linken ukrainischen Organisation «Soziale Bewegung». Im Zentrum des Gesprächs steht die Frage der sozialen Folgen des Krieges für die Ukrainer-innen.\***

*A: Aber es gibt auch positive Aspekte. Soweit ich weiss, gibt es in der Ukraine Traditionen von erfolgreichen Arbeitskämpfen, vor allem in der Schwerindustrie und im Kohlebergbau.*

VS: Der letzte erfolgreiche Streik fand im September oder Oktober 2022 in Novovolynsk statt und wurde von den Kohlearbeitern gegen einen korrupten Boss geführt, der seit dem Krieg im Amt war. Der Streik war erfolgreich und der Leiter wurde entlassen. Das heisst, selbst während des Krieges kann man Streiks organisieren und gewinnen. Das Problem ist, dass die Branche im Niedergang begriffen ist und keine Zukunftsperspektive hat. Heute sind vom Kohlebergbau der späten UdSSR in der Ukraine wahrscheinlich nur noch etwa 10 Prozent übrig. Und die dazugehörige Industrie ist aus Umweltgründen dem Untergang geweiht, ohne dass es entsprechende Sozialpläne oder Sozialhilfe für die Arbeiter-innen gäbe.

*A: Die Kohlebergwerke befinden sich doch hauptsächlich in den besetzten Gebieten?*

VS: Ja, aber in der Zentralukraine gibt es ein Beispiel für einen Streik in Kryvyi Rih. Die Bergarbeiter streikten für höhere Löhne und gegen Reformen im Bergbau. Mehrere Bergwerke schlossen sich diesem Kampf an, der mit Zugeständnissen des Managements

und einer Lohnerhöhung von 20 Prozent endete. Das heisst, wenn sich die Arbeiterklasse organisiert, erreicht sie in der Regel Zugeständnisse. Das Problem ist, dass es an politischer Repräsentation mangelt, d. h. an der Möglichkeit, sich Gehör zu verschaffen. Die Menschen verstehen nicht, was sie tun können, sie kennen nicht einmal ihre Rechte. Sie verfügen nicht über eine Kultur des Protests und der Verteidigung ihrer Rechte. Wir brauchen politische Alphabetisierung und politische Repräsentation, politische Organisationen.

*A: Es gibt hier Nuancen, die für unsere westlichen Leser-innen nicht leicht zu verstehen sind. Zelensky ist von Leuten umgeben, die in staatlichen Regelungen das Schreckgespenst der Sowjetunion sehen und daher völlig anti-soziale Theorien vertreten.*

VS: Das ist richtig. Das politische Denken in der Ukraine hinkt dem Westen um 30 Jahre hinterher. Es werden immer noch Margaret Thatcher, Ronald Reagan und bestenfalls Tony Blair zitiert. Dementsprechend wäre es ausreichend, alle Regulierungen abzuschaffen und alles wird besser. Wenn wir alle produktiven Kräfte der Unternehmen von Regeln befreien, werden sie Alles schaffen – Investitionen und Arbeitsplätze.

*A: Das ist Sozialdarwinismus.*

VS: Ja. Doch seit dem Krieg haben einige dieser Leute begonnen, ihre Meinung zu ändern, darunter auch Zelensky. Er hat kürzlich einige wichtige Unternehmen verstaatlicht. Und seine Partei spricht sich neuerdings für Steuererhöhungen aus. Ein weiteres Beispiel: In der Agrarpolitik ist es unmöglich, ohne Subventionen die Aussaat zu bestellen, da die Kosten für Saatgut stark angestiegen sind. Daher ist die Regierung gezwungen, den gesamten Sektor zu subventionieren, da er sonst völlig zusammenbricht. Das führt zu der Erkenntnis, dass der neoliberale Ansatz hier nicht funktioniert. Aber längst nicht alle wollen das einsehen.

*A: Leider fließen die Agrarsubventionen fast ausschliesslich in die Taschen der Agrarindustrie, während die kleinen und mittleren Betriebe sich selbst überlassen bleiben.*

VS: Das ist richtig, und das ist begleitet von dieser absurden postsowjetischen Logik, dass alles zusammenbrechen muss, dass wir ein besseres Investitionsklima schaffen werden und dass es daraufhin Arbeit geben wird und alle gut leben werden. Ich erinnere mich an ein Zitat, das mich als Osteuropahistoriker sehr beeindruckt hat: Nach der samtenen Revolution in der damaligen Tschechoslowakei erklärte ein Wirtschaftsminister in einem Interview, dass er, als er sagte, dass der Staat eine Industriepolitik betreiben sollte, als Kommunist beschimpft und vor die Tür gesetzt worden sei. Wir befinden uns in der gleichen Situation. Manchmal verstehen die Leute an der Macht, dass bestimmte Massnahmen ergriffen werden müssen, aber sie sind in einem Denkschema gefangen, aus dem sie nicht ausbrechen können. Das ist ein riesiges Problem. Unsere gesamte Wirtschaftspolitik basiert auf dem Ansatz, dass wir zuerst die Unternehmen unterstützen müssen, damit die Unternehmen alle unterstützen. Und im Idealfall sollte der Staat gar nicht existieren. Oder, im schlimmsten Fall,

sollte der Staat nur die Unternehmen unterstützen. Denn wenn er die Unternehmen unterstützt, werden diese für das Wohlergehen ihrer Arbeitnehmer·innen sorgen. Das ist die Logik.

*A: Du bist auch international vernetzt. Welchen Beitrag könnten ausländische Gewerkschafter·innen, Politiker·innen oder Fachleute in Sachen ukrainischer Sozialpolitik leisten?*

VS: Zunächst einmal können internationale Gewerkschaften Druck auf unsere Regierung ausüben, denn sie ist sehr abhängig von der Meinung im Westen und von den westlichen Partner·inne·n. Unsere Politiker·innen achten sehr genau auf alle Signale aus dem Westen. Wenn es im Westen heisst: «Was für eine

schreckliche Sozialpolitik in der Ukraine», dann hat das hier Konsequenzen. Das heisst, es gibt eine enorme Möglichkeit der Einflussnahme, wenn Sie diese Themen ansprechen. Zum Beispiel kam ein Vertreter der Internationalen Arbeitsorganisation ILO zu uns und sprach sich gegen diese neoliberalen Sozialreformen aus. Die grössten Gewerkschaften und wir haben uns ebenfalls gegen diese ausgesprochen, was den Prozess teilweise zum Stillstand gebracht hat. Der Sozialabbau wurde nicht völlig gestoppt, aber es kam zu einem zusätzlichen Druck auf die Regierung.

Das Problem ist, dass es während des Krieges sehr schwierig ist, solche Fragen aufzuwerfen, ganz einfach aufgrund der Tatsache, dass viele Arbeitnehmer·innen mobilisiert sind und der Grossteil des Medienraums vom

Krieg eingenommen wird. Aber wenn man es tut, funktioniert es. Und natürlich ist es jetzt notwendig, Kontakte zu ukrainischen Aktivistinnen und Aktivisten aufzubauen, um humanitäre Hilfe zu leisten; die linken Gruppierungen zu treffen, die sich an der Front engagieren und eine direkte Kommunikation an der Basis zwischen Gewerkschaften aus dem Ausland und der Ukraine herzustellen. Das ist sehr hilfreich.

Das Interview wurde von unserem Ukraine-Korrespondenten Jürgen Kräftner geführt.

\*Den 1. Teil können Sie im letzten Archipel (Februar 2022/ Nr. 322) nachlesen.

## SÜDSPANIEN

# Die Tomaten aus Almeria

**Wir, Dominik und Irina von der Hofgemeinschaft Hart 7 in Kärnten, Österreich, hatten die Idee, im Januar und Februar 2023 nach Südpanien zu reisen, um Tomaten, die sonst weggeschmissen werden, zu Sugo zu verarbeiten und parallel dazu die Hintergründe der Agroindustrie zu verstehen und ins Bewusstsein der Nordeuropäer·innen zu bringen.**

Die Öffentlichkeitsarbeit von «Free Sugo», so haben wir unser Projekt genannt, realisieren wir unter anderem mit Social Media und einem Dokumentarfilmprojekt. Wir haben semiprofessionelles Equipment dabei, genug Gigabyte für Instagram, eine Drohne, eine GoPro und viele leere Schraubgläser. Bis jetzt, Mitte Februar, haben wir 191 Gläser gefüllt, die wir stets verschenken. Viele davon werden voll zurück nach Österreich kommen und werden dort verschenkt an solidarische, liebe Menschen.

Nun sind wir schon seit einem Monat in der Region Nijar im Plastikmeer von Almeria und wir merken langsam, dass wir wahrscheinlich ein Jahr hier verbringen müssten, um alle Ebenen zu verstehen, auf denen sich die Problematiken abspielen und kreuzen. Migrationsrouten, kapitalistische Globalisierung und Umweltzerstörung spielen zusammen und das Resultat ist eine riesige Gegend voller Plastik, auf den Gewächshäusern sowie in den Flussbetten, eine Gegend, die mehr und mehr austrocknet und wo die Brunnen für die Bewässerung schon so tief gegraben sind, dass das Wasser zu salzig ist zum Giesen. Eine Gegend, in der Ziegen und Kühe mit übriggebliebenem Gemüse gefüttert werden, wo in Hinterhöfen Senegales·inne·n und marokkanische Familien hausen, weil ihnen nur ausbeuterische Arbeit aber kein ordentlicher Wohnraum angeboten wird.

Eine Gegend, in der die Kleinbäuerinnen und -bauern trotzdem froh sind, davon mehr oder weniger Leben zu können und irgendwie auch sehr stolz auf ihr Land sind. Sie sind froh über die guten klimatischen Bedingungen, die ihnen ermöglichen, Tomaten für 65 Cent das Kilo nach ganz Europa zu verkaufen. Was unserer Ansicht nach überhaupt kein fairer Preis ist, angesichts der Tatsache, dass wir in Österreich ein Kilo Tomaten zu dieser Jahreszeit um etwa 5€ im Supermarkt kaufen können.

## Räumungen

Wie im Archipel immer wieder berichtet, setzt sich die Gewerkschaft SOC-SAT mit verschiedenen Mitteln für die Arbeiter·innen in den Gewächshäusern ein. Zuletzt wurden über die Plattform «Derecho a techo» mehrere Demonstrationen organisiert. Das Vorhaben der Gemeinde, einen Slum zu räumen, in dem bis zu 500 Migrant·inn·en lebten, wird aufs Schärfste kritisiert. Am 22.1. waren wir bei einer Demonstration dabei, wo uns Yusuf (Name geändert) aus Ghana erzählte, dass seine ganz einfache zeltartige Baracke in Walili, dem grössten Slum der Gegend, demnächst geräumt werden soll, die lokale Regierung aber keine Alternative bietet. Immer wieder ruft er fragend «We should go, but to where? To where?» (Wir müssen gehen, aber wohin, wohin?)

Eine Woche später waren wir tatsächlich Zeug·inn·en der Räumung. Um 7:00 in der Früh rückt die Polizei an; noch in Dunkelheit werden die Menschen aus ihren Hütten gescheucht, die sie teilweise seit Jahren bewohnten. Der Bagger ist auch schon mit vor Ort. Während die Polizei die Menschen davon abzuhalten versucht, noch mehr Sachen aus den Baracken zu retten, fängt der Bagger schon an, die ersten Hütten dem Erdboden gleichzumachen. NGOs und Medien sind vertreten. Es gibt zu dem Zeitpunkt weder eine organisierte Abholung zu Notunterkünften noch einen Infostand, nicht einmal einen Tee. Wir sprechen mit Ahmed aus Marokko und fragen ihn, wo er jetzt hingehet. Er meint, er hat sich schon vorbereitet und zieht mit seinen Neffen in die andere selbstorganisierte Siedlung bei Atochaes. Er bittet uns, ihn mit seinen restlichen Sachen hinzubringen. Das machen wir und werden sogar zu frischgebackenem Brot der Nachbarin, Olivenöl und Schwarztee eingeladen. Was für ein verrückter Vormittag. Das Verrückteste an der ganzen Geschichte ist aber, dass viele dieser Menschen, die hier schikaniert werden, in den Gemüseplantagen arbeiten – zu Bedingungen, die kein·e Spanier·in akzeptieren würde. Die Agroindustrie ist abhängig von diesen Billiglohnarbeiter·inne·n, genauso wie die ganze Gemeinde und Region, die somit auch dafür zuständig sein sollte, leistbare Wohnräume für die Arbeiter·innen zu schaffen. Auch wenn wir die Situation nicht ganzheitlich überblicken, kommt es uns vor, als würden sich die Behörden und auch Arbeitgeber·innen auf der Gewissheit ausruhen, dass immer genug Menschen aus dem nicht-europäischen Süden nachkommen, die bereit sind, ohne Vertrag für 5 € die Stunde sieben Tage die Woche zu arbeiten.

## Absurdität der Tomatenzucht

Die intensive Anbaukultur von Gemüse unter Plastik für den hauptsächlich nord-europäischen Markt geht auch dem Ökosystem an den Kragen. Die starke Trockenheit der Region Almeria ist auf den Klimawandel aber auch auf die Agroindustrie zurückzuführen. Die geschätzten 60.000 Hektar

Gewächshäuser werden fast ganzjährig bewässert – mithilfe von Regenwassersammelbecken, durch Zuleitung von entsalztem Meerwasser, welches sehr teuer ist, oder aber durch Brunnenwasser. Die Brunnen werden dafür immer tiefer gesetzt, was oft illegal geschieht. Die Landwirtin Vanessa erzählte uns sogar, dass sie das Brunnenwasser nicht mehr unverdünnt nutzen kann, weil der Brunnen so tief ist, dass das Wasser schon salzhaltig ist. Die Umweltverschmutzung durch die Kunststoffe, die illegal entsorgt oder durch den Wind fortgetragen werden, und die Vergiftung der Böden durch Spritzmittel sind noch weitere gravierende Umwelteinflüsse.

Mit unserem kleinen Forschungs-, Bildungs-, und Lebensmittelrettungsprojekt «Free Sugo» beschäftigen wir uns in erster Linie mit Tomaten. Laut unseren Berechnungen<sup>1</sup> verlassen etwa 140 LKWs ausschließlich mit Tomaten täglich Spanien. Allein Österreich importiert so viele Tomaten im Jahr, dass eine Tomaten-LKW-Kolonie etwa 100 km lang wäre. Laut der landwirtschaftspolitischen Bildungsplattform «Land schafft Leben» hat sich der österreichische Tomatenkonsum in den letzten 25 Jahren verdoppelt. Die Tomate ist das Gemüse, welches am meisten gegessen wird. Bei aller Systemkritik kommen wir bei diesen Zahlen

nicht umhin, das Konsumverhalten zu kritisieren. Allein aufgrund des Treibstoffverbrauchs sollten wir regionales und saisonales Gemüse bevorzugen. Winter-Lagergemüse wie z.B. diverse Rüben sind jedoch unverständlicherweise nicht sehr bekannt und beliebt. Erschreckenderweise steht es mit dem Konsum in Südspanien genauso. Anstatt die milden Winter für die eigene Ernährungssouveränität zu nutzen, werden am Wochenmarkt Birnen und Äpfel von Fernab und Oliven aus Marokko angeboten, jedoch wenig Gemüse, das ohne Gewächshaus jetzt ideal gedeihen würde.

Aus meiner Sicht ist es total unnötig, dass auch nur ein LKW Tomaten nach Mitteleuropa bringt, wenn ich jedoch den lokalen Landwirt-innen gegenüber etwas in dieser Art erwähne, sind sie natürlich vor den Kopf gestossen. Die bis vor einigen Jahrzehnten strukturalarme Region Spaniens kann sich wirtschaftlich durch diese Produktion relativ gut über Wasser halten. Der Gemüsehändler Javi erwidert mir zum Beispiel: «Aber das ist unsere Arbeit, davon leben wir. Nicht sehr gut, aber wir leben davon.»

### Wäre das möglich?

Auch wenn ich mich leicht kolonialistisch dabei fühle, zeichne ich ein erfrischend neues

Bild in meinem Kopf von dieser Region. Ich sehe transregionale und -nationale (finanzielle) Unterstützung für den Wiederaufbau eines funktionierenden Ökosystems und Wirtschaftssystems, welches es sich leisten kann, auch Migrant-inn-en fair zu bezahlen und zu behandeln. Ich sehe Bäuerinnen und Bauern, die mit ihrem landwirtschaftlichen Wissen und den guten Anbaubedingungen ganz Südspanien gesund und nachhaltig ernähren können. Ich sehe altbewährte oder innovative Systeme von z.B. Bodendeckung oder Beschattung, um der Trockenheit entgegenzuwirken. Ich würde mir für die Gegend und die Menschen hier, die ich so schätze, wünschen, dass das Land gemeinsam sozial, ökonomisch und ökologisch nachhaltig gestaltet wird. Dass die Erde mehr genährt als ausgesaugt wird, dass die Menschen die viele Sonne auf eine nicht zerstörerische Art für sich nützen können.

Transnationale Solidarität mit den ausgebeuteten oder ignorierten Migrant-inn-en ist unbedingt erforderlich. Durch Vernetzung von verschiedenen Plattformen und Organisationen müssen wir gemeinsam dafür eintreten, dass zumindest europäische Bio-Labels dafür sorgen, dass in ihren Gewächshäusern keine Menschenrechtsverletzungen stattfinden, genauso müssen EU-Fördergelder an bestimmte Qualitätskriterien gebunden werden. Wir müssen nordeuropäische Supermärkte unter Druck setzen, sodass Gemüse nicht unter diesen Herstellungsbedingungen angeboten werden kann. Und trotzdem frage ich mich, was so eine Herangehensweise für Nebeneffekte hätte. Auch die Kleinbauern und -bäuerinnen brauchen unsere Solidarität. Sie würden durch strengere Auflagen und Kontrollen mehr unter Druck geraten, und würden im besten Fall mehr Geld verlangen von den Endkonsument-inn-en. Wenn es REWE, Lidl und Co zu teuer wird, wird eben aus Marokko importiert, wo die Anbauweise noch fragwürdiger ist und die Arbeitsbedingungen noch schlechter sind.

Wie wir es drehen und wenden, wir müssen parallel zu solidarischen Kämpfen und parallel zum Einsatz für stückweise mehr Ernährungssouveränität ganz neue Utopien zeichnen. Weil wir innerhalb dieses Systems nicht weiterkommen, müssen wir gemeinsam an mutigen, bunten und gesunden Bildern malen. Die übrigen Tage hier in Almeria möchte ich für solche Auseinandersetzungen nutzen: mich gemeinsam mit Landarbeiter-inne-n, Landwirt-inn-en und Händler-innen über utopische Alternativen austauschen, offen und auf Augenhöhe.

Irina Schaltegger\*

\*Anthropologin, Aktivistin, Selbstversorgerin in der Hofgemeinschaft Hart 7 in Kärnten/Österreich

1. Unsere LKW-Berechnungen ergeben sich aus den Zahlen zum Tomatenimport und -export der FAO-Statistiken in Tonnen, die online abrufbar sind und unseren groben Umrechnungen auf eine LKW-Anzahl bzw. deren Kolonnenlänge inklusive Abstand zwischen den Fahrzeugen.



«Wir werden weniger Aktivist-innen sein, wenn ihr weniger Scheisse baut»

# Mehr als eine Naturkatastrophe

«Hier handelt es sich um eine Naturkatastrophe, die untrennbar mit ihren politischen Hintermännern verbunden ist.» Mit dieser Einleitung erhielten wir einen Text aus Rojava<sup>1</sup> einige Tage nach der Erdbebenkatastrophe in der Türkei und in Syrien. Er erklärt den soziopolitischen Kontext, in dem die Erde bebte.

Die Internationalistische Kommune von Rojava ruft zur Solidarität mit allen Betroffenen der Erdbeben in Rojava, Syrien, Nordkurdistan und der Türkei auf. Hier die Erklärung der Internationalistischen Kommune von Rojava:

«Wir von der Internationalistischen Kommune Rojava sind von der Tragödie dieses Erdbebens zutiefst berührt. Unsere Gedanken sind bei allen Familien, die hart getroffen wurden, unabhängig von ihrer Herkunft. Bei uns hat auch die Erde gebebt, aber ohne die dramatischen Folgen, wie andere Regionen sie erleben. Selbst wenn Grenzen manchmal unüberwindbar sind, so sind die Verbindungen zwischen den Völkern doch intakt. Hier im Nordosten Syriens/Westkurdistans (Rojava) gibt es Tausende von Menschen, die eine starke Beziehung zu anderen Menschen in anderen Teilen des Landes haben, vor allem aber auch zu denjenigen in der Südtürkei/Nordkurdistan (Bakur). Wir sind der Ansicht, dass Emotionen uns jedoch nicht davon abhalten sollten, die Situation politisch zu betrachten. Was heute geschieht, ist kein Naturereignis, das von der Art und Weise losgelöst ist, wie die Gesellschaft organisiert ist, wie nationalistische und rassistische Bruchlinien die Völker spalten, wie die kapitalistische Wirtschaft den Profit über das Wohlergehen stellt und wie die Politik der Nationalstaaten von Kurzfristigkeit und Wählerstimmenfang geleitet wird.

Gegenwärtig werden viele Stimmen laut, die an das Gefühl der Solidarität und an universale Werte appellieren. Wir unterstützen diese Appelle, können aber nicht akzeptieren, dass der soziopolitische Kontext, in dem sich diese Ereignisse abspielen, ausser Acht gelassen wird. Die Verantwortung für die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft kann nicht einfach unter dem Deckmantel einer humanistischen Vision weggewischt werden, die in den Augen der politischen Regime der Nationalstaaten der Region und in der übrigen Welt ohnehin nie real existiert hat. Die Mainstream-Medien zeigen sich zu Recht von der Situation berührt, aber dieselben Medien haben noch vor nicht allzu langer Zeit über das Leiden derselben Menschen geschwiegen und werden wahrscheinlich in einigen Wochen wieder darüber schweigen.

## Geografischer und politischer Kontext

Das Erdbeben der Stärke 7,8, das sich in der Nacht vom 5. auf den 6. Februar 2023 ereignete, hat bereits mehr als 16.000 Opfer<sup>2</sup> gefordert, und leider wird diese Zahl in den

kommenden Stunden wahrscheinlich noch erheblich steigen.

Die am stärksten betroffenen Regionen sind hauptsächlich kurdisch besiedelte Gebiete auf beiden Seiten der türkisch-syrischen Grenze. Sie wurden in der Vergangenheit von Ankara vernachlässigt und unterdrückt wie zum Beispiel in Gurgum (tr. Maraş), stehen im Norden Syriens unter türkischer und islamistisch-extremistischer Besatzung (z.B. in Efrîn), haben die brutale Unterdrückung Assads durchgemacht (z.B. in Aleppo) oder leben derzeit unter türkischem Beschuss (z.B. in Tel Rifat). Hinzu kommen Tausende von Geflüchteten, die vor den zahlreichen Kämpfen geflohen sind, welche die Region seit Jahrzehnten destabilisieren. Diese Katastrophe ist deshalb umso akuter, als die Bevölkerung schon seit langem mit grossen wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten zu kämpfen hat.

Die derzeitige Behandlung des Themas durch die Mainstream-Medien ist ein weiteres eklatantes Beispiel für die Unsichtbarmachung der kurdischen Bevölkerung. Nur wenige Medien haben sich die Mühe gemacht, darauf hinzuweisen, welche Völker in den betroffenen Regionen leben. Es geht keineswegs darum, diese Naturkatastrophe auf identitäre Weise zu deuten, denn die Natur macht keine kulturellen Unterschiede, sondern darum, sie mit einer menschlichen und historischen Realität in Verbindung zu bringen, die es uns erst ermöglicht, die Qualen wirklich zu verstehen, welche die Menschen durchleben müssen. Eine echte Solidarität kann es nur geben, wenn die Besonderheiten dieser Realität berücksichtigt werden.

## Alles andere als eine Überraschung

Dieses Erdbeben ist bei weitem nicht das erste, das diese Gegend erschüttert. Die betroffene Region liegt am Schnittpunkt dreier tektonischer Platten, was sie zu einem erdbebengefährdeten Gebiet macht (so wurden in der Türkei im 20. Jahrhundert nicht weniger als 230 Erdbeben mit einer Stärke von mehr als 6 registriert, 12 davon mit mehr als 1000 Toten). In der Vergangenheit gab es zahlreiche Katastrophen, zuletzt 1999 mit fast 20.000 Todesopfern. Wenn man sich dieser Tatsache bewusst ist, wird einem klar, dass das derzeitige Regime alles andere als eine präventive Politik in diesem Bereich betrieben hat, und zwar trotz der umfangreichen EU-Hilfen für angepasste Städtebaupläne.

Seit Jahren warnen Seismolog-inn-en vor der Gefahr von tektonischen Plattenverschiebungen, ohne dass die Regierung darauf

reagiert hätte. Dies ist umso skandalöser, wenn man bedenkt, wie eng die AKP<sup>3</sup> und Erdogan selbst mit der Baubranche verbunden sind und wie viele gigantische Projekte seit seiner Machtübernahme durchgeführt wurden.

Die Korruptionsfälle sind zahllos, sowohl bei öffentlich-privaten Verträgen als auch bei der Verwendung minderwertiger Materialien und der Nichteinhaltung von Normen. Gegner-innen dieser Projekte und Journalist-inn-en, die versucht haben, diese Fälle aufzuklären, sitzen reihenweise im Gefängnis. Die Gezi-Park-Proteste in Istanbul sind ein Beispiel dafür, dass sich grosse Teile der Bevölkerung gegen städtische Gentrifizierung, Megaprojekte und Umweltzerstörung wehren. Diese Proteste zeigen den Schaden einer Wirtschaftspolitik auf, die sich lediglich auf die Steigerung des Konsums und die Zentralisierung der Urbanisierung konzentriert, welche die Wünsche der Bevölkerung nicht berücksichtigt und eine grosse soziale Kluft schafft.

In den syrischen Regionen sind die Destabilisierung und die Nachwirkungen des jahrelangen Krieges noch sehr präsent. Das Regime in Damaskus, mit anderen internationalen Verbündeten als Ankara, hat in den letzten zehn Jahren bewiesen, dass es zu allem bereit ist, um an der Macht zu bleiben. Wenn das Autonomieexperiment von Rojava toleriert wird, dann nur aufgrund der Stärke, der Entschlossenheit und der Opferbereitschaft desselben.

## Ineffizienz und Repression

Wie aus zahllosen über die sozialen Medien verbreiteten Berichten hervorgeht, sind viele Gebiete, entgegen der Propaganda der türkischen Regierung, ihrem Schicksal überlassen. Vielerorts, zum Beispiel in Dîlok (tr. Antep), war in den entscheidenden zwölf Stunden nach dem Erdbeben keine Hilfe eingetroffen. Die Ineffizienz der Hilfe ist zum Teil strukturell, vorsätzlich und durch den geopolitischen Kontext bedingt. In den sozialen Netzwerken der Türkei gibt es heute sogar eisige Kommentare, in denen dazu aufgerufen wird, sich nicht um den Tod kurdischer Menschen, einschliesslich Kleinkindern, zu kümmern.

Die türkische Regierung hat bereits klare Drohungen ausgesprochen, dass jegliche Kritik an den ergriffenen Massnahmen als eine Form des Hochverrats angesehen und hart bestraft wird (es wurde eine Hotline eingerichtet, um solche «subversiven Handlungen» zu melden). Die Kriminalisierung der Opposition, die seit Jahren im Gange ist, wird von einem Regime, das in Bedrängnis ist, noch verstärkt, indem es die Rede von der angeblichen Einheit verstärkt, die in Wirklichkeit ein übertriebener Autoritarismus ist: «Wenn ihr Kritik äussert, seid ihr gegen uns und damit gegen die Nation!»

Vor ein paar Stunden wurde Twitter in der Türkei einfach geschlossen.

In Syrien sind vor allem die Gebiete unter türkischer Besatzung und in den Händen islamistischer Söldner, die von Ankara bezahlt werden, betroffen. Dies führt zu einer lokalen Desorganisation und erschwert die Möglichkeit, an Hilfsgüter zu gelangen. Die Autonome Verwaltung von Nord- und Ostsyrien (AANES)<sup>4</sup> hat angekündigt, dass sie den Gebieten, die an die von ihr verwaltete

Region angrenzen, Hilfe zukommen lassen will, während das Assad-Regime die internationale Hilfe monopolisieren will. Die Embargosituation in Rojava ist in diesem Moment besonders zu spüren. Die türkische Armee scheint sich trotz der Katastrophe nicht an einen Waffenstillstand halten zu wollen. So wurde beispielsweise die vom Erdbeben betroffene Region Tel Rifat erneut bombardiert.

### Die Menschen nicht vergessen!

Vorrangig ist natürlich die Nothilfe. Allerdings muss bereits jetzt schon darauf geachtet werden, auf welche Weise diese Katastrophe für die bevorstehenden Wahlen im kommenden Mai in der Türkei instrumentalisiert werden wird, aber auch, welche Lehren daraus gezogen werden oder nicht. Wenn sich eine solche Katastrophe ereignet, verschwinden die Wunden und Nöte nicht mit der Aufmerksamkeit der Medien. Leben und Häuser sind zerstört; der Wiederaufbau ist ein langfristiger Prozess, der nicht nur aus Beton besteht, sondern auch die Prävention und den Aufbau lokaler Kapazitäten zur Bewältigung solcher Erdbeben einschließen muss.

Es ist anzunehmen, dass Erdogan und Assad bereits Pläne schmieden, um auf die eine oder andere Art zu profitieren wie z. B. durch die verstärkte Kriminalisierung von Oppositionsparteien wie der HDP<sup>5</sup>. Es ist

wahrscheinlich, dass dies im Rahmen einer nationalen Einheit geschieht, die nur eine Fassade ist, um ihre Macht auf Kosten der Interessen der Bevölkerung zu erhalten. Die ersten Anzeichen deuten darauf hin, dass diese Katastrophe keinen beruhigenden Effekt auf die kriegerischen und repressiven Absichten beider Regime haben wird, die sich ja nur auf Grund von diesen halten können. Die aktuelle Situation macht es notwendig, schnell und unilateral zu reagieren. Die spontane Solidarität darf sich jedoch nicht wieder so schnell auflösen, wie sie entstanden ist, und erneut einer Politik, die derartig katastrophale Konsequenzen auf das Leben der schwer betroffenen Bevölkerung hat, das Feld überlassen.

Wir denken, dass dieses Erdbeben in vielerlei Hinsicht symptomatisch ist für die schädlichen Auswirkungen des nationalstaatlichen Paradigmas, das der Feind lokaler Autonomie und dezentraler Selbstorganisation ist, und für einen Kapitalismus, der niemals das langfristige Wohlergehen der Menschen anstrebt, sondern sich von Krisen und Konflikten ernährt. Die Region, die heute so stark betroffen ist, ist auch der Ort, an dem seit einem Jahrzehnt beharrlich ein authentisch demokratisches politisches Modell aufgebaut wird. Dieses Modell stellt eine Bedrohung für die Machthaber dar und wird deshalb von allen Seiten angegriffen. Heute wünschen wir uns, dass die Solidarität überall und konkret zum

Ausdruck kommt. Morgen, wenn die Emotionen abgeklungen und die Kameras verschwunden sind, hoffen wir, dass die Menschen, die diese Region der Welt bewohnen, nicht wieder in Vergessenheit geraten. Das hängt von jedem Einzelnen von uns ab und ist die Essenz des Internationalismus, der in uns wohnt und keine Grenzen kennt. Jetzt zu helfen, um die Not zu lindern, ist unerlässlich. Ein echtes Band der internationalistischen Solidarität für die Zukunft zu knüpfen, ist lebenswichtig.»

Internationalistische  
Kommune von Rojava  
8. Februar 2023

1. Rojava (kurdisch für Westen) ist eine autonome Rebellenregion im Norden und Nordosten Syriens, die den Kommunalismus des US-amerikanischen Anarchisten Murray Bookchin in die Praxis umgesetzt hat. Die Revolution von 2012 führte dort eine frauenzentrierte Gesellschaft ein.

2. Inzwischen sind es mehr als 50.000 Todesopfer.

3. Türkisch: Adalet ve Kalkınma Partisi (Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung), eine islamisch-konservative Partei, die seit 2002 in der Türkei an der Macht ist.

4. Autonome Verwaltung von Nord- und Ostsyrien, andere Bezeichnung für Rojava.

5. Die Demokratische Partei der Völker (türkisch: Halkların Demokratik Partisi, kurdisch: Partiya Demokratîk a Gelan) ist eine türkische politische Partei, die in der Grossen Nationalversammlung der Türkei vertreten ist. Sie ist politisch links angesiedelt und will «die türkische Gesellschaft in ihrer Vielfalt repräsentieren».

## FRANKREICH

# Staatliche Überwachung in Dijon

**Im Oktober 2022 fanden die Bewohner\_innen der besetzten Gärten «Les Lentillères» und des selbstverwalteten Kulturzentrums «Les Tanneries» in der französischen Stadt Dijon versteckte Überwachungskameras vor diesen beiden Orten. Ihrer Ansicht nach handelt es sich um ein Werk der französischen Polizei.**

Anhand von privaten Fotos sowie Aufnahmen aus dem Internet lässt sich belegen, dass diese Kameras seit mindestens 2019 immer wieder über Zeiträume von mehreren Monaten montiert waren. Die Apparate bestanden aus einer Kamera mit schwenkbarem Objektiv und einer Antenne zur Datenübertragung und wurden über die Strommasten versorgt.

«Wir sind schockiert, aber nicht überrascht» erklärten die Betroffenen in einer Pressemitteilung, mit der sie sich an befreundete Kollektive, Vereine und Unterstützer\_innen wandten. So auch an uns, das Europäische BürgerInnen Forum (EBF). «Ohne sein Wissen gefilmt zu werden, stellt eine echte

Gewalt dar, ebenso wie die unerwartete Nachricht, dass seine alltäglichen Bewegungen ausgewertet, intime Momente beobachtet und sein Alltagsleben von der Polizei beobachtet wird.» Wir vom Europäischen BürgerInnenforum engagierten uns während der letzten Jahre immer wieder mit Menschen aus den beiden Kollektiven. Zuletzt gab es eine Zusammenarbeit mit den Tanneries beim Empfang der Delegation von Zapatas und dem Congreso Nacional Indígena (CNI). Auch die besetzten Gärten Lentillères, ein vielfältiger Lebens- und Schaffensraum, sind ein Ort, mit dem wir uns immer wieder austauschen. Sei es bei der Besetzung 2010<sup>1</sup>,

zum Thema Saatgut, bei verschiedenen sozialen Kämpfen oder bei der Konstruktion eines Gemeinschaftshauses im Jahr 2022.<sup>2</sup>

### «Wir leben in einer Zeit der Überwachung.»

schreiben unsere Freund\_innen in ihrer Pressemitteilung, «in einer Zeit, in der die Videoüberwachung im öffentlichen Raum unter dem Vorwand der mangelnden Sicherheit immer alltäglicher wird, weitet das Innenministerium ihren Einsatz in einer getarnten, illegalen und gezielten Form aus. Während uns das eine wie das andere empört, ist die monatelange versteckte und illegale Überwachung des Lebensraums von mehreren hundert Menschen (Anwohner\_innen, Nachbar\_innen, Nutzer\_innen, ...) ein weiterer Schritt in Richtung einer Welt, in der jede Handlung und Geste dem Blick der Polizei unterliegt.»

Auf Nachfrage bestätigten die Betroffenen, dass einen Monat nach Veröffentlichung der Pressemitteilung weder Innenministerium noch Polizei Stellung dazu genommen haben. Über die Gründe der Überwachung kann also nur spekuliert werden. In der Pressemitteilung ist zu lesen: «Die Orte, die wir mit Leben füllen, unser politisches Engagement und der dadurch wachsende Widerstand stören die Regierung. Wir sind uns dessen bewusst, aber dies rechtfertigt Spionagepraktiken nicht, genauso wenig wie das Eindringen in unser politisches Engagement und in unsere Intimsphäre. Wie geht es dann weiter?



Hausdurchsuchungen, um eine Acetonflasche als unwiderlegbaren Beweis dafür zu finden, dass Sprengstoff in Vorbereitung war? Eine Fahrradpumpe als Schlagstock? Unsere Bibliotheken werden durchwühlt, um ein Buch über die Geschichte der zapatistischen Revolution in die Hände zu bekommen? All das passt zu der aktuellen Regierungspraxis, Opposition gegen ihre Politik in eine kriminelle Handlung, eine kriminelle Vereinigung oder sogenannten «Ökoterrorismus» umzumünzen und zu degradieren. Wir kommunizieren, um diese Praktiken anzuprangern, um sie sichtbar zu machen und um die Freiheiten zu verteidigen, die wir glücklicherweise gewonnen haben, die aber immer mehr bedroht werden. In den letzten Jahren hat die Regierung immer wieder versucht, verschiedene ‚Fälle‘ an den Pranger zu stellen: Der jüngste und bezeichnendste Fall ist derjenige aus Bure (Widerstand gegen das Atomendlager CIGEO, Anm. d. Red.) mit dem Vorwurf einer, kriminellen Vereinigung‘. Unter deren Deckmantel wurden 16 Jahre lange Abhöraktionen durchgeführt, 85.000 Gespräche abgehört und 29 Personen und Orte verwandt. Letztendlich wurden alle Angeklagten vom Vorwurf der kriminellen Vereinigung freigesprochen<sup>3</sup>.» Die Umweltzerstörung und die Folgen der Überwachung müssen sie trotzdem tragen. Nun hat die Staatsanwaltschaft vor dem Kassationsgericht in Paris förmlich Einspruch gegen den Freispruch eingelegt. Wir werden im Archipel über das weitere Verfahren berichten.

Auch der Sprecher des Kollektivs «Bassines Non Merci», Julien Le Guet, wurde überwacht. Das Kollektiv ist Teil der Kampagne «Les soulèvements de la terre». Für 2023 sind Massendemonstrationen und Aktionen gegen den angekündigten Baubeginn des grössten derzeit in Planung befindlichen Wasserbeckens in Sainte-Soline im Département Deux-Sèvres geplant. (Diese Megabecken sind eine weitere Stufe der Eskalation für eine industriellen Landwirtschaft, die auf Monokulturen und Umweltvergiftung aufbaut, Anm. d. Red.) Ende Januar 2023 fand ein Automechaniker einen Tracker unter Le Guets Auto, mit dem die Strafverfolgungsbehörde, die zweifelsohne hinter dem Einbau dieses Geräts steckt, ihn in Echtzeit geolokalisieren konnte.<sup>4</sup> Die Vorkommnisse in Dijon sind also keine Einzelfälle.

### Unsere Welt ist schöner!

«Was auch immer geschieht,» schreiben die Nutzer:innen der Lentillères und Tanneries in der Pressemitteilung, «wir sind bereit, auf jeden Versuch, unsere Kollektive zu kriminalisieren, zu reagieren – über Medien, juristisch und politisch. Wir werden uns nicht einschüchtern lassen!

Wir werden weiterhin andere Wege zur Autonomie aufbauen und mit Leben füllen! Und da unsere Welt viel schöner und fröhlicher ist als ihre», luden sie am 18. Februar 2023 zu einer «festlichen Versammlung und einem Maskenball gegen die staatliche Bespitzelung ein».

Noch am Freitag, dem 17. Februar, war unklar, ob und wie viele Menschen sich der Versammlung anschliessen würden, da für den 18. Februar ein Versammlungsverbot für den gesamten Innenstadtbereich und ein verstärktes Polizeiaufgebot vom Präfekten festgelegt wurde. Die Organisator:innen hielten aber an der Versammlung in der Innenstadt fest: «Ein Verbot hält uns nicht auf», schrieben sie. «Man wirft uns vor, dass wir diese Versammlung nicht angemeldet haben, aber warum sollten wir diejenigen, die uns ausspioniert haben, um Erlaubnis bitten? Was wir geplant haben, ist ein festlicher Moment, ein Maskenball, um gegen ihre beschissene Welt zu tanzen und uns angesichts des Eingriffs in unser Leben zusammenzutun, sich einander zu unterstützen und Mut zu geben».<sup>5</sup> So fanden sich nach Angaben der Organisator:innen trotz Verbot über 300 Menschen auf dem zentral gelegenen Platz «François Rude» ein. Ausser einigen Taschendurchsuchungen hielt sich die Polizei im Hintergrund. Maskiert hörten die Versammelten den Redebeiträgen anderer Aktivist:innen und Gruppen zu wie z.B. der Liga für Menschenrechte oder der Gruppe Saccage<sup>24</sup>, welche die ökologischen und sozialen Schäden anprangern, die die Olympischen Spiele 2024 in Paris verursachen. Die Versammlung entschied sich, begleitet von einer Batucada, durch die Innenstadt zu tanzen, um lauthals gegen die Überwachung zu protestieren und Menschen einzuladen, sich dem Maskenball anzuschliessen. Gegen 16 Uhr wurden elektronische Geräte vor dem Bürgermeisteramt deponiert – als Symbol für den Unmut der Betroffenen.

«Wir sind sehr zufrieden mit der Demonstration, vor allem, dass wir uns nicht haben einschüchtern lassen und weiter an dem Aufruf festgehalten haben», berichtete uns eine der Organisator:inn-en: «Die Versammlung, das Tanzen und die Solidaritätsbekundungen haben uns Kraft gegeben.

Hannah F.

1. «Rettet den Acker!» in Archipel 182

2. [www.reporterre.net/Quartier-libre-les-Lentilleres-de-Dijon-veulent-le-rester](http://www.reporterre.net/Quartier-libre-les-Lentilleres-de-Dijon-veulent-le-rester)

3. «Widerstand im öffentlichen Interesse» in Archipel 318 sowie «Der Staat braucht linke Übeltäter» in Archipel 303

4. [www.les-soulevementsdelaterre.org/blog/un-traceur-gps-retrouve-sous-le-vehicule-du-porte-parole-de-bassines-non-merci](http://www.les-soulevementsdelaterre.org/blog/un-traceur-gps-retrouve-sous-le-vehicule-du-porte-parole-de-bassines-non-merci)

5. [www.dijoncter.info/assemblement-le-18-a-14h-contre-la-surveillance-policiere-4371](http://www.dijoncter.info/assemblement-le-18-a-14h-contre-la-surveillance-policiere-4371)

## Was können wir tun?

Die Betroffenen bitten, Zeugenaussagen von ähnlichen Überwachungsfällen dem Kollektiv «Stop surveillance» (Stopp Überwachung) in Dijon unter der Adresse [stopsurveillance@riseup.net](mailto:stopsurveillance@riseup.net) zu melden. Mit dieser zentralen Sammlung wollen sie weitere Öffentlichkeit schaffen.

Des Weiteren hat die «Union Syndicale Solidaires 21» Vereine, Kollektive und Personen eingeladen, die mit «Les Lentillères» und «Les Tanneries» in Verbindung stehen, um die Überwachung anzuprangern. Am 15. Februar wurde ein Unterstützungsschreiben veröffentlicht. Es kann weiterhin unterzeichnet werden, auch international:

[www.framaforms.org/tribune-contre-la-surveillance-politique-au-quartier-libre-des-lentilleres-et-a-lespace-autogere-des](http://www.framaforms.org/tribune-contre-la-surveillance-politique-au-quartier-libre-des-lentilleres-et-a-lespace-autogere-des)

# Die umstrittene Rentenreform

**Seit Monaten wird in Frankreich gegen die Rentenreform gestreikt und protestiert. Konkret verlängert diese Reform schrittweise die Beitragsdauer, die notwendig ist, um eine Vollrente zu erhalten. Für eine Mehrheit der Bevölkerung wird es also darum gehen, sich zu entscheiden, ob sie alt und arm sein will oder bei der Arbeit stirbt.**

Die Reform sieht eine Beitragsdauer von 172 Quartalen vor. Mit einem späten Berufseinstieg oder Zeiten der Arbeitslosigkeit wird man in den meisten Fällen bis 67 arbeiten müssen, um eine volle Rente zu erhalten: Wen interessiert dann noch das gesetzliche Rentenalter von 64 Jahren? Ohne umfassende Änderungen werden junge Menschen ihre Rente ohnehin nicht sehen.

Um den Massen ein gutes Gefühl zu vermitteln, gibt es nichts Besseres, als die Anstrengungen anderer Länder aufzuzeigen. Japan wird oft als Beispiel angeführt, wobei die Medien von einer möglichen Rente mit 70 Jahren ohne Altersgrenze schwärmen. In den letzten Tagen blühen zahlreiche Berichte über japanische Angestellte, die mit über 80 oder sogar 90 Jahren arbeiten. Dabei wird nicht erwähnt, dass das Rentenniveau so niedrig und die Lebenshaltungskosten so hoch sind, dass Senior-inn-en oft keine andere Wahl haben. Der Blickwinkel ist jedoch allzu oft ein kultureller und sogar ein rassistischer: Die engagierten Japaner-innen würden gerne ewig arbeiten, nicht wie die faulen Franzosen und Französinnen, die mit 60 Jahren in Rente gehen möchten.

## Welche Beitragsdauer in Europa?

Die Regierungspropaganda rechtfertigt weiterhin die Reform, indem sie sich auf das stützt, was in anderen Ländern gemacht wird. Zwar wird eingeräumt, dass die Systeme sehr unterschiedlich und schwer vergleichbar sind, doch allein beim Renteneintrittsalter sollen sie als Inspiration dienen. Die Rede wäre ganz anders, wenn man sich bei der Beitragsdauer, die Macron so schnell wie möglich auf 43 Jahre anheben will, davon inspirieren liesse. In England kann ein-e Beitragszahler-in nach 30 Jahren mit einer vollen Rente in Pension gehen, während in Belgien, Deutschland und Spanien 35 und in Italien 36 Jahre erforderlich sind. Griechenland plant, von 37 auf 40 Beitragsjahre zu erhöhen: Selbst die Dampfwalze der Troika ging nicht so weit wie Macron, als die Europäische Union und der IWF Griechenland zu liberalen Reformen zwangen.

Wenn eine Person nicht genügend Beiträge eingezahlt hat, kann sie trotzdem im gesetz-

lichen Rentenalter in Rente gehen, muss aber einen Abschlag hinnehmen. Und auch hier kennt der französische Staat keine Gnade: Bis zu 25 Prozent weniger Rente für diese Bevölkerungsgruppen, die oftmals prekärer sind als andere (häufig Frauen oder Menschen, die lange Zeit arbeitslos waren). Zum Vergleich: Unser Nachbarland Deutschland begrenzt das Abschlagssystem auf 7 Prozent des Rentenbetrags.

## Das Beispiel des CPE<sup>1</sup> im Jahr 2006

Aber warum dann die Fokussierung auf ein gesetzliches Alter, das nichts an der sozialen Ungerechtigkeit dieser Reform ändert? Um als Sicherung zu dienen: Der Staat zeigt sich in einem symbolischen Punkt der Reform unnachgiebig, die Proteste steigen, sie dauern an, die Streikenden werden müde, verlieren Geld und Energie im Kampf, erschöpfen sich, und wenn die Regierung wirklich in Schwierigkeiten gerät, wenn sie zurückweichen muss, dann brennt ihr die Sicherung durch. Dieses politische Manöver ist wohlbekannt, und eines der anschaulichsten Beispiele der letzten Jahre ist der CPE im Jahr 2006. Dass aufgrund der riesigen Protestbewegung, dieses Gesetz nicht erlassen wurde, wird oft als gewerkschaftlicher Sieg dargestellt, der eine Generation von Aktivist-inn-en geformt hat. In Wirklichkeit handelt es sich um eine riesige Niederlage: Ein ungerechter Gesetzentwurf zur «Chancengleichheit», der die Prekarität erhöht, Legalisierung der Nachtarbeit ab 14 Jahren für Auszubildende und eine Menge anderer Schandtaten der Chirac'schen Rechten. Um die Pille zu versüßen, fügte die Regierung einen Artikel hinzu, der die Aufmerksamkeit auf sich zog: die Möglichkeit, einen Vertrag über die Erstein-

stellung, eben den CPE, zu unterzeichnen, eine Art unbefristeten Arbeitsvertrag, bei dem die Probezeit zwei Jahre dauert, ohne dass die «Schutzbestimmungen» der Arbeitnehmer-schaft gelten. Sofort wurde gestreikt, aber die Regierung wartete zwei Monate, bevor sie den Artikel zurückzog, der ohnehin nie vor den Verfassungsrat gekommen wäre. Die Gewerkschaften riefen damals «Sieg!», beendeten die Streiks und riefen dazu auf, die Besetzungen an den Hochschulen aufzuheben. Alles andere im Gesetz geht durch wie nichts – eine Beschneidung der sozialen Rechte. Seither wird das Arbeitsgesetzbuch von den aufeinanderfolgenden Regierungen methodisch verwüstet.

Und heute? In zwei Monaten, im Falle einer sehr starken Mobilisierung, wird das gesetzliche Rentenalter vielleicht auf 63 Jahre «herabgesetzt», die Regierung wird «Zugeständnisse» gemacht haben und Laurent Berger von der CFDT<sup>2</sup> wird diesen gewerkschaftlichen «Sieg» bereitwillig unterschreiben. Das ist der Zeitpunkt, an dem wir wachsam sein müssen, an dem wir am stärksten durchhalten müssen, an dem wir am solidarischsten und offensivsten sein müssen, denn erst dann kann eine echte Bewegung etwas Besseres fordern.

Contre attaque (Gegenangriff),  
29. Januar 2023\*

\* Wir haben den Artikel für Archipel übersetzt und gekürzt. Sie können ihn in seiner Originalversion auf Französisch hier lesen: [www.contre-attaque.net/2023/01/29/le-saviez-vous-lage-de-la-retraite-on-sen-fout/](http://www.contre-attaque.net/2023/01/29/le-saviez-vous-lage-de-la-retraite-on-sen-fout/)

1. CPE = «Contrat première embauche»: Ersteinstillungsvertrag. Ein Gesetzesentwurf, der von der Chirac-De Villepin-Regierung vorgeschlagen wurde und nach langanhaltenden Protesten von Arbeitnehmer-inne-n, Studierenden und Aktivist-inn-en zurückgezogen werden musste.

2. «Confédération française démocratique du travail» (französischer demokratischer Gewerkschaftsbund)



«Noch hat Deutschland bei der Kür des Flaschensammelns die Nase vorn. Doch holt Frankreich bald auf?»

**Archipel**  
Monatszeitung des  
Forum Civique

Schweiz:  
Postfach 1848,  
CH-4001 Basel  
Tel: 0041/61 262 01 11  
ch@forumcivique.org

Österreich:  
Lobnik 16  
A-9135 Zelezná Kapla  
Tel: 0043/42 38 87 05  
at@forumcivique.org

Deutschland:  
Hof Ulenkrug, OT Stubbendorf  
D-17159 Dargun  
Tel: 0049/39 959 23 881  
de@forumcivique.org

Frankreich:  
St. Hippolite  
F-04300 Limans  
Tel: 0033/4 92 73 05 98  
fr@forumcivique.org

Ukraine:  
vul. Peremogi 70  
UKR-90440 Nischnje Selischtsche  
Tel: 00380/31 42 512 20  
ua@forumcivique.org